LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 25. Mai 2010

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.05.2010	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	16:49 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Großer, Elke

Kreistagsabgeordnete

Aust, Karl Otto	Als Vertretung für Frau Vogler
Brücher, Bertold	
Dinter, Ilona	
Heider, Ute	
Lorenz, Dieter	
Mohr, Peter	Als Vertretung für Frau Reichenpfader
Sandte, Michael	
Vree, Friedhelm	Anwesend ab 16:06 Uhr

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)
Fach, Thomas
Kretschmer, Roland

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Brunke, Christa	Kreisseniorenbetreuerin	
Hagedorn, Ulrich	Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände	
Harmel, Ralf	Vorsitzender der örtlichen Pflegekonferenz	Anwesend ab 16:11 Uhr
Meinecke, Wilfried	Vorsitzender der AGS	

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Dr. von Nicolai, Dorothea	Leiterin des Gesundheitsamtes
Lehmann, Rüdiger	Leiter des Amtes für Arbeit und Soziales
Vogel, Thomas	Geschäftsführer der ARGE Wolfenbüttel
Wedekind, Boris	Sachbearbeiter Abt. Vereinbarungen, Haushalt u. Steuerung im Amt für Arbeit u. Soziales
Vogt, Kornelia	Referat Kreisentwicklung, Steuerung und Öffentlichkeitsarbeit
Kühle, Klaus	Vertreter des Gesamtpersonalrats
Theune-Kluy, Anja	Protokollführerin

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVI. gewählten Kreistages am 14. Januar 2010
4. Anfragen

4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

5. Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttelhier: Derzeitiger Verfahrensstand bezüglich der Neugestaltung der Organisationsstrukturen im Landkreis Wolfenbüttel
   Vorlage: XVI-0720/ 2010
6. Berufung von Mitgliedern in den "Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel"
   Vorlage: XVI-0722/2010
7. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau KAbg. Großer, eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Frau KAbg. Großer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVI. gewählten Kreistages am 14. Januar 2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit genehmigt einstimmig bei zwei Stimmenenthaltungen die Niederschrift über seine 17. Sitzung am 14. Januar 2010, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit übersandt worden ist.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Es bestehen keine Anfragen.

TOP 5 Künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttelhier: Derzeitiger Verfahrensstand bezüglich der Neugestaltung der Organisationsstrukturen im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0720/ 2010

Herr Lehmann stellt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wedekind vor, der im Amt für Arbeit und Soziales als Koordinator für den SGB II-Bereich maßgeblich bei der Erstellung der Sitzungsvorlage

mitgewirkt habe.

Der Sprecher stellt im Weiteren die Vorlage nochmals ausführlich dar. Er gibt im Verlauf seiner Schilderungen auch Informationen zur aktuellsten Entwicklung, wonach die Gesetzesentwürfe zur Neuorganisation der Bundesregierung jetzt auch als offizielle Bundestagsdrucksache vorlägen. Beide Drucksachen, sowohl für die Grundgesetzänderung als auch zur Weiterentwicklung des SGB II, sollen auch als Fraktionsinitiativen in den Bundestag eingebracht werden, damit das parlamentarische Verfahren dann zügig beginnen könne. Als Abschluss des Verfahrens sei die letzte Sitzung des Bundesrates vor der parlamentarischen Sommerpause am 09.07. diesen Jahres vorgesehen. Bis dahin sollen diese Gesetzesentwürfe den Bundesrat passiert haben.

Frau KAbg. Großer eröffnet nachfolgend die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr KAbg. Brücher teilt zunächst mit, am heutigen Tage fände die erste Lesung der Gesetzesentwürfe im Bundestag statt. Er regt an, erneut über die Möglichkeit einer Option nachzudenken. Gewisse Strukturen hätten auch schon beim Landkreis Wolfenbüttel bestanden, bevor die ARGE Wolfenbüttel errichtet worden sei. Er gebe zu Bedenken, dass bei einer weiterhin gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung immer zwei Partner Verhandlungen zu führen hätten. Im Falle einer Option könne man aus einer Hand mit anderen Trägern zusammenarbeiten. Er beziehe sich nachfolgend auf eine Anfrage des Herrn KAbg. Sandte in einer der letzten Sitzungen, wonach dieser darum gebeten hätte, einen Vertreter der Optionskommune des Landkreises Peine zu einer Sitzung dieses Ausschusses einzuladen. Er sehe die Tatsache, dass dies bislang noch immer nicht geschehen sei, als sehr misslich an. Der Fachausschuss sei ein wichtiges Gremium und müsse ausreichend informiert werden.

Frau KAbg. Großer bestätigt, dass dieser Wunsch aus der Mitte des Ausschusses befürwortet, jedoch aufgrund des sich seinerzeit darstellenden Meinungsfindungsprozesses innerhalb der Regierungskoalition zurückgestellt worden sei. Es sei aber zugesagt worden, dass dies auf jeden Fall noch nachgeholt werden könne.

Herr KAbg. Lorenz erinnert an die vor einigen Jahren hinsichtlich der Errichtung einer ARGE in Wolfenbüttel erfolgte knappe Entscheidung. Es sei in der anschließenden Zeit Zufriedenheit über die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel und der ARGE geäußert worden. Er sei deshalb verwundert darüber, dass der Landrat sein Interesse an einer Option dargelegt habe. Selbst im Kreistag, welcher als zuständiges Organ hierbei hätte mitwirken müssen, sei man jedoch diesbezüglich nicht informiert worden. Er merke an, dass vor der Entscheidung über eine Option noch Detailfragen zu klären wären und eine gründliche Information der betreffenden Gremien nötig sei.

Auf den Einwand des Herrn KAbg. Lorenz erläutert Herr Lehmann, die Äußerung des Landrates im Hinblick auf eine Option habe damals auf einer Abfrage basiert, die direkt an die Landräte der jeweiligen Kommunen gerichtet worden sei. Diese Abfrage sei noch unter ganz anderen Vorzeichen („ge-trennte Aufgabenträgerschaft“) erfolgt.

Herr KAbg. Sandte äußert seine Befürchtungen im Falle einer Umstellung von einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung auf eine Option. Diverse Rahmenbedingungen, wie z. B. auch schon alleine die Software und ähnliches müssten dann umgestellt werden. Der Kostenrahmen sei sowohl bei dem Modell der Option als auch bei der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung jedoch gleich. Er richtet an die Verwaltung die Frage nach dem aktuellen Stand im Hinblick auf die angemietete Immobilie.

Frau Klooth führt hierzu aus, ihr letzter Stand sei folgender: Im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens der Bundesagentur für Arbeit für die Anmietung eines entsprechenden Gebäudes für fünf Jahre habe sich u. a. die Stadt Wolfenbüttel mit der Samson-Schule angeboten. Die Stadt Wolfenbüttel habe aufgrund der Höhe der für sie anfallenden Investitionskosten um einen längeren Vermietungszeitraum gebeten. Man habe sich auf zehn Jahre geeinigt. Für eine längere Nutzungsdauer von nunmehr

zehn Jahren sei ein neues Ausschreibungsverfahren erforderlich und bereits in die Wege geleitet worden.

Die Sprecherin kommt im Weiteren zurück auf die grundlegenden Überlegungen im Hinblick auf die Entscheidung über eine Option oder eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung. Sie weist darauf hin, dass es auch schon in der Vergangenheit immer wieder Reibungspunkte mit der Bundesagentur für Arbeit gegeben habe. Nicht alles sei immer positiv verlaufen. Auch seien immer wieder Interessenunterschiede zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem Landkreis Wolfenbüttel aufgetreten. Die vom Landkreis Peine erfolgte Darstellung schildere ähnliche Problematiken. Dort bestünden die inhaltlichen Probleme in gleicher Weise, nur eben nicht mit der Bundesagentur für Arbeit, sondern mit dem Bundesrechnungshof. Ein Ansprechpartner hier vor Ort in Wolfenbüttel wäre möglicherweise vorteilhafter. Sie äußert auch Zweifel daran, ob Änderungen in Form einer Option wirklich besser seien. Aus Sicht der Verwaltung stelle es sich positiver dar, bei dem zu bleiben, was bereits aktuell durchgeführt werde. Die Sprecherin informiert über einen am 20. Mai 2010 beim Niedersächsischen Landkreistag stattfindenden Termin, bei welchem sich viele Optionskommunen vorstellen würden. Selbstverständlich zeige die Verwaltung auch nach wie vor die Bereitschaft, einen Vertreter des Landkreises Peine für eine der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses einzuladen.

Herr KAbg. Kretschmer ist der Ansicht, dass das gesamte Verfahren im Bundestag stocke. Die Angelegenheit sei noch nicht in „trockenen Tüchern“. Er bewerte es als Fehler, den zuständigen Fachausschuss nicht im Vorfeld beteiligt zu haben. Er rege an, die Angelegenheit doch einmal aus Sicht der „Kunden“ zu betrachten und ein Mitglied der Arbeitsloseninitiative hierzu zu hören. Entscheidend sei der Punkt der Gestaltungsmöglichkeiten. Darüber hinaus müsse man herausarbeiten, welche Vorteile möglicherweise eine Option aufweise.

Frau Klooth informiert zum Thema der Gestaltungsmöglichkeit, dass diese insbesondere im Bereich des Personaleinsatzes gegeben sei. Ob dies tatsächlich entscheidungserheblich sein könnte, wäre fraglich. Im Ergebnis käme es doch immer auf die vor Ort handelnden Personen selbst an. Hierbei beurteile sie die ARGE als sehr gut. Weit offene Gestaltungsmöglichkeiten hätten sich ihr bislang nach den vorliegenden Informationen im Rahmen einer Option nicht aufgetan.

Herr Lehmann ergänzt hierzu, bei den Gestaltungsmöglichkeiten sei das Personal bzw. der Fallzahlenschlüssel gemeint. Dieser werde aber zukünftig auch für die Optionskommunen festgeschrieben werden, so dass auch hierbei keine große Gestaltungsmöglichkeit mehr bestünde.

Herr KAbg. Mohr erkundigt sich danach, wer denn die Entscheidung darüber träfe, welche Landkreise optieren könnten. Er habe der Sitzungsvorlage nur entnehmen können, dass vier mögliche neue Optionen auf das Land Niedersachsen entfallen würden. Er frage sich, wie viele Kommunen aus dem Bereich des Landes Niedersachsen tatsächlich ihr Interesse an einer Option bekundet hätten.

Frau Klooth antwortet hierzu, die Zahlen selbst seien ihr nicht bekannt. Die in der Vorlage genannte Anzahl sei noch vor dem Hintergrund einer möglicherweise angedachten getrennten Aufgabenwahrnehmung, also nicht vor dem aktuell gegebenen Hintergrund erfolgt. Die aktuelle Zahl sei wesentlich niedriger. Die genaue Anzahl werde man sicherlich an dem Termin beim Niedersächsischen Landkreistag erfahren können.

In diesem Zusammenhang bittet Herr KAbg. Kretschmer darum, anlässlich dieses Termins herauszufinden, welche Kommunen aus der näheren Umgebung möglicherweise ein Interesse an einer Option bekundet hätten. Diese könne man dann auch nach den dort ausschlaggebenden Gründen für die Entscheidung befragen.

Frau KAbg. Großer verweist auf den Termin des Bundesrates vor der parlamentarischen Sommerpause am 9. Juli 2010, in dem eine Verabschiedung der Gesetzesentwürfe erhofft werde. Sie bittet ebenfalls die Verwaltung darum, zur nächsten Sitzung dieses Fachausschusses einen Vertreter

des Landkreises Peine einzuladen. Spätestens nach der Sommerpause müsse man sich aktiv mit der eben aufgeführten Thematik befassen.

Nachdem keine weiteren Fragen oder Anmerkungen bestehen, ergeht nachfolgend genannte

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt über den derzeitigen Verfahrensstand im Hinblick auf die künftige Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Neugestaltung der Organisationsstrukturen entsprechend der Vorlage XVI-0720/2010 Kenntnis.

TOP 6 Berufung von Mitgliedern in den "Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVI-0722/2010

Frau KAbg. Großer benennt die Personen, welche in den Beirat berufen werden sollen.

Nachdem aus der Mitte des Ausschusses hierzu keine weiteren Anmerkungen bzw. Fragen bestehen, ergeht nachfolgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, die in der Sitzungsvorlage XVI-0722/2010 genannten Personen für die Dauer der Wahlperiode des XVI. gewählten Kreistages als Mitglieder in den „Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel“ zu berufen.

TOP 7 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Es liegen keine Unterrichtungspunkte vor.

Frau KAbg. Großer dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 16:49 Uhr.

Großer (Vorsitzende)	Klooth (Dezernentin III)

Theune-Kluy
(Protokollführerin)

Vorsitzender

Protokollführer/in